

# **Klaus Wiese**hügel

**Bundesvorsitzender**

**der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt**

**anlässlich**

DGB-Kundgebung  
am 1. Mai 2009 in Norderney

Änderungen vorbehalten.

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: 1. Mai 2009, 12.00 Uhr

Kein Tag vergeht momentan ohne neue Krisenmeldungen. Weltweit haben bereits Millionen Menschen ihre Arbeit verloren. Millionen andere Menschen zittern um ihre Arbeitsplätze oder arbeiten schon kurz. Wir erleben die größte Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Das kann man nicht einfach wegwischen.

Aber es gibt auch Krisenspekulanten. Sie versuchen das Spiel mit der Angst. In vielen Firmen wird die Belegschaft auf Krise eingestimmt, obwohl der Betrieb noch gut läuft und keine Krisenanzeichen da sind.

Und einige Unternehmer stimmen bereits das alte Lied an: „die Löhne müssen runter!“, ganz gleich, ob ihr Betrieb überhaupt betroffen sein wird.

Unter dem Vorwand der Krise wird auch durchrationalisiert und entlassen. Es werden Befristete und Leiharbeiter vor die Tür gesetzt und bei der Stammbelegschaft wird gekürzt. In Wirklichkeit geht es dabei um mehr Gewinn. Wir müssen hier überall genau hinschauen und nicht alles glauben, was uns gesagt wird.

Die Unternehmerverbände wollen die Krise nutzen, um die Mitbestimmung los zu werden. Sie wollen noch viel mehr. Alles das, was sie bei der Politik bisher nicht durchsetzen konnten, haben sie dieser Tage als angebliches Programm zur Bekämpfung der Krise an die Kanzlerin geschickt.

Das ist ein schmutziges Spiel. Und es ist ein Spiel mit dem Feuer! Denn Sozial- und Lohnabbau würde die Krise noch anheizen. Und wir werden nicht tatenlos dabei zuschauen!

Die Gebäudereinigungsunternehmer haben „wegen der Krise“ die Vertagung der Lohnverhandlungen gefordert. Dabei spricht wenig dafür, dass ihr Kerngeschäft unter der Krise leidet.

Denn Krankenhäuser, öffentliche Gebäude und viele Betriebe werden natürlich weiterhin gereinigt!

Einige Unternehmer in dieser Branche unterlaufen schon seit langem den Tarif- und den Mindestlohn.

Mit der Krise hat das gar nichts zu tun – es geht nur um Extragewinne oder unlauteren Wettbewerb.

Insbesondere bei der Reinigung in Hotels und öffentlichen Gebäuden wird durch Arbeitsvorgaben, die niemand schaffen kann, der Lohn gedrückt. Die Auftraggeber sollten sich darüber bewusst sein, dass sie bei solchen Mindestlohnunterschreitungen mithaften.

Und wir sollten ganz genau hinschauen, was da passiert. Auch hier in Norderney muss immer wieder überprüft werden, ob bei der Gebäudereinigung alles in Ordnung ist, und die Tariftreue notfalls durchgesetzt wird.

Ich bin guten Mutes, dass das gerade hier auf der Insel gelingt. Denn Norderney ist gewerkschaftlich gut organisiert und viele sind ehrenamtlich aktiv.

Deshalb ist es Euch ja auch gelungen, hier einen IG BAU-Tischlertarif durchzusetzen, der besser ist als die Tarife überall sonst in Deutschland!

Ihr seid ein Vorbild für die ganze Republik und ich bin stolz auf Euch!

Wenn es nach den Unternehmern geht, sollen wir, die Beschäftigten, für diese Krise zahlen. Wer aber soll dann noch Produkte und Dienstleistungen kaufen, damit die Wirtschaft wieder besser läuft?

Es geht wieder einmal um Umverteilung zu unseren Lasten. Genau diese Umverteilung von unten nach oben hat aber die Krise verursacht. Die Krise hat nicht damit angefangen, dass man „faule“ Papiere aus den USA angekauft hat.

Diese Krise wurde durch den Marktradikalismus der letzten 25 Jahre ausgelöst. Motoren dieser Entwicklung waren die marktradikalen Ideologen in Wissenschaft, Unternehmerverbänden, Medien und Politik.

Sie haben alle Regeln, die nach der letzten Weltwirtschaftskrise eingeführt wurden, als Investitionsbremse diffamiert.

Unter diesem Druck wurden sinnvolle Regeln Stück für Stück wieder abgeschafft. Sie haben uns gepredigt, maximaler Gewinn für Anteilseigner sei das Beste, irgendwas davon würde schon beim Rest der Gesellschaft ankommen.

Jede staatliche Aufsicht über Firmen war ihnen ein Gräuel. Das sei Bevormundung und Bürokratie. Jeder hier weiß doch, wie beispielsweise Prof. (Un)Sinn, Westerwelle, Henkel, Merz und andere noch vor einem Jahr in den Talkshows geredet haben.

Jetzt aber werfen diese Prediger gegen jede staatliche Regulierung dem Staat vor, er hätte nicht genug reguliert und aufgepasst! Sie setzen auf das kurze Gedächtnis der Menschen. Und leider geht diese Rechnung momentan auf.

Wenn ausgerechnet jetzt fast jeder Fünfte FDP wählen will, kann man leise am Verstand vieler Mitbürger zweifeln. Denn gerade die FDP vertritt doch den Marktradikalismus in Reinkultur!

Rendite, Rendite, Rendite, das mussten wir uns in den vergangenen Jahren immer wieder anhören. Als Shareholder Value wurde uns dieses Modell gepredigt.

Shareholder-Value heißt aber nichts anderes als:  
Schaffung von Werten nur für die Anteilseigner.  
Ohne alle Rücksicht auf Beschäftigte und den Rest der Gesellschaft.

Viele gute Betriebe wurden heruntergewirtschaftet, um für die Aktionäre und Eigner kurzfristig 20 % und mehr Dividende herauszupressen.

Das war nicht nur in Heuschrecken-Betrieben so. Sondern das ist fast überall zum obersten Unternehmensziel geworden.

Daher halte ich die Debatte um die Managergehälter für eine Scheindebatte und für eine Ablenkung vom eigentlichen Problem.

Natürlich verdienen Herr Funke von der Hypo Real Estate oder die Commerzbank-Manager für ihr Versagen keinen Bonus oder eine Millionenabfindung! Schon gar nicht aus der Staatskasse! Die Streichung ihrer Abfindungen ist OK, löst aber nicht das Grundproblem.

Die Anteilseigner bleiben dabei außen vor. Die Großaktionäre und Vermögensverwalter aber waren es doch, die von den Managern ständige Spitzendividenden verlangt haben und sie dadurch in immer wildere Geschäfte getrieben haben.

Die dabei eingefahrenen Riesengewinne sind aber meistens nicht wieder in die Betriebe investiert worden, sondern auf den Finanzmärkten gelandet. Und dort endgültig verzockt worden.

Bei den Banken und Finanzkonzernen waren dieselben Kräfte am Werk. Das hat sie in immer riskantere Geschäfte hineingetrieben. Darunter auch Geschäfte, die sie selbst nicht mehr verstanden.



Ein altes Sprichwort sagt, „wer leiht ohne Bürgen und Pfand, dem sitzt ein Wurm im Verstand“. Diese alte Regel und noch viele mehr haben die Spitzenmanager der Finanzwelt missachtet.

Und so wurden Kredite für völlig wertlose Bretterbuden irgendwo in den USA immer weiter gereicht wie eine „heiße Kartoffel“. Und vor dem Weiterverkauf immer noch etwas drauf geschlagen. Und so wurde dann aus einem realen Wert auf dem Papier das X-fache.

Um den ganzen Irrsinn zu begreifen, stelle man sich etwa vor, dass einem jemand abgelaufene Lebensmittel zum doppelten Ladenpreis verkauft und man dann einen Dummen finden muss, der einem das zum Dreifachen abkauft usw.. Das würde im realen Leben wohl kaum klappen.

Nun gab es an Dummen in diesem Gewerbe, unter der selbst ernannten Elite der Finanzwirtschaft und unter den Anlegern, aber offensichtlich keinen Mangel! Gier machte sie blind.

Es war ein gigantisches Schneeballsystem. Wie immer bei einem Schneeballsystem zahlt der Letzte die Zeche. Und der Letzte, das sind nicht die Bankaktionäre, sondern das sollen wir sein.

Ich bin mir sicher: die Marktradikalen, die jetzt auf Tauchstation sind, werden in den nächsten Jahren wieder frecher. Sie werden fordern, die riesig gewachsenen Staatsschulden durch Sozialabbau zu reduzieren.

Dagegen müssen wir uns wehren!

Die Reichen und Superreichen müssen zur Kasse gebeten werden. Sie haben kräftig verdient.

Sie haben auch jetzt noch genug Geld, um für ihre Krise zu bezahlen. Man muss es sich nur holen. Das sollte am Besten über Steuern geschehen. Denn die Schulden, die der Staat jetzt machen musste, müssen wieder zurückgezahlt werden.

Und die Reichen sollten nicht auch noch an diesen neuen Staatsschulden zu ihrer Rettung verdienen.

Ein höherer Spitzensteuersatz von mindestens 50 % oder eine höhere Reichensteuer wäre das beste Mittel, um sie an den Kosten der Krise zu beteiligen.

Aber es geht auch um ihre direkte Verantwortung. Warum soll eine Frau Schäffler nicht mit ihrem Riesenvermögen dafür haften, dass sie sich beim Spekulieren verzockt hat? Sie könnte sich trotzdem noch einen Zweitnerz und Fischmarmelade bis zum Abwinken leisten.

Warum sollen wir das mit unseren Steuern und Sozialleistungen bezahlen?

Wenn ich Lotto spiele und nichts gewinne, reiche ich meinen Tippzettel doch auch nicht bei Steinbrück ein!

Wir brauchen endlich ein Ende der marktradikalen Ideologie. Wir zahlen schon seit Jahren für dieses falsche Wirtschaftsmodell.

Millionen Menschen leiden unter den Folgen von Hartz IV. Sie mussten ihr gesamtes Vermögen verbrauchen, weil

es nicht genug Beschäftigung gab.

Dass es nicht genug Arbeit gab, lag auch daran, dass viele Arbeitsplätze durch den Shareholder Value vernichtet wurden. Jede Entlassungswelle löste doch Freudenkurssprünge an der Börse aus.

Aber auch die, die Arbeit hatten, haben für den Shareholder Value gezahlt: vor allem durch niedrigere Löhne.

Mit dem Marktradikalismus muss deshalb Schluss gemacht werden. Wir brauchen wieder eine gesellschaftliche Kontrolle über das, was sich auf dem Unternehmenssektor tut und insbesondere im Finanzwesen.

Ich meine damit verbindliche Regeln, die die Unternehmen in Zukunft daran hindert, bis zum Äußersten zu gehen, um gierige Eigner zu befriedigen.

Das Management muss wieder den Gesamtunternehmen verpflichtet sein und das heißt, auch den Beschäftigten und nicht nur den Anteilseignern.

Das Vampirmodell der Hedgefonds und ähnlicher Anlagefirmen muss verboten werden. Wir brauchen verbindliche Regeln für die internationalen Finanzmärkte ohne Schlupflöcher.

Im Moment sehen das zwar auch viele Politiker so oder tun zumindest so. Aber wir müssen weiter Druck machen, dass das auch zu Gesetzen wird.

Bei der Bewältigung der Krise denken einige Politiker über die Abschwächung von Umweltstandards nach. Das wäre genau der falsche Weg. Die Umwelt kann nicht weitere 10 oder 15 Jahre auf Taten statt schöner Worte warten.

Für Inselbewohner wie Euch hier ist der Anstieg der Meere durch den Treibhauseffekt kein abstraktes Problem, über das man noch Jahrzehnte palavern kann.

Wenn Norderney und die vielen anderen Inseln dieser Welt nicht untergehen oder bestenfalls zur Hallig werden

sollen, muss sowohl schnell als auch gründlich gehandelt werden.

Besserer Küstenschutz in allen bedrohten Regionen ist dafür kurzfristig wichtig. Und er muss gemeinsam angepackt werden, denn die Inselbewohner haben nur einen geringen Anteil an den Ursachen.

Zugleich muss überall der CO<sub>2</sub>-Ausstoß deutlich verringert werden. Wenn man das richtig macht, kann damit zugleich Arbeit gesichert und geschaffen werden. Geld dafür ist ja eigentlich da. Man muss es nur richtig einsetzen.

Greenpeace hat an der HRE-Fassade ein Transparent angebracht: „Wenn die Umwelt eine Bank wäre, hättet Ihr sie längst gerettet!“ Deshalb fordern wir als IG BAU: Wenn staatliches Geld zur Krisenbekämpfung in die Hand genommen wird, dürfen Umweltziele und andere gesellschaftliche Ziele dabei nicht vernachlässigt oder gar verletzt werden.

Wir haben Druck dafür gemacht, dass über die Konjunkturprogramme mehr Mittel in die energetische Gebäudesanierung und die Sanierung von Schulen gesteckt wird und waren dabei teilweise erfolgreich!

Die marktradikalen Ideen haben auch in der EU die Oberhand gewonnen. Dort zählen mittlerweile der Binnenmarkt und nahezu unbegrenzte Unternehmerfreiheiten mehr als unsere Grundrechte.

Das Stichwort lautet Wettbewerbsliberalismus. Der schwächste Standard bei der Unternehmenskontrolle, den man irgendwo in der EU finden kann, soll sich möglichst durchsetzen.

Dafür stand - und steht teilweise immer noch - die Dienstleistungsrichtlinie. Und viele andere Vorhaben der Europäischen Kommission und vieler Regierungen der Mitgliedstaaten. Der Anteil der Beschäftigten am wirtschaftlichen Erfolg soll auf ein Mindestmass herabgedrückt werden.

Unter dem Vorwand der Globalisierung ist von Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit die Rede: wenn für grenzüberschreitende Firmen überhaupt noch eine Untergrenze für die Löhne gelten soll, dann nur ein Mindestlohn statt höherer Tariflöhne.

Der Europäische Gerichtshof betätigt sich dabei neuerdings als Büttel der Marktradikalen. Dieser Gerichtshof ist ein politisches Gremium. Denn die Richter werden nur für sechs Jahre von den Regierungen berufen.

Und in den Regierungen vieler Mitgliedstaaten der EU haben marktradikale Parteien das Sagen.

Dieser Gerichtshof hat in einer Reihe von neuen Urteilen die Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen verboten. Er hat das Streikrecht in grenzüberschreitenden Firmen stark eingeschränkt. Er hat die Tariffucht erleichtert.

Und er will Firmen erlauben, sich durch Sitzverlagerung des Firmenbriefkastens aus ihren arbeitsrechtlichen und tariflichen Pflichten zu stehlen.



Er hat selbst oberste und unverletzliche Grundrechte wie die Menschenwürde abgeschwächt. Sie muss jetzt in Einklang mit den Unternehmerinteressen gebracht werden. Einige reden deshalb schon von einem Putsch der EU-Richter.

Nur das absolute Minimum soll Firmen noch verbindlich vorgeschrieben werden können. Die Länder, in denen grenzüberschreitend gearbeitet wird, sollen nicht einmal mehr die Einhaltung des europäischen Rechts überwachen dürfen.

Alles, was die Ausnutzung der europäischen Marktfreiheit für grenzüberschreitende Unternehmer „weniger attraktiv“ macht, wird nicht nur den Staaten, sondern auch den Gewerkschaften verboten.

Von „Abwägung“ kann hier nicht mehr die Rede sein. Bei diesen Urteilen wird die Wagschale mit der Hand in die Unternehmerrichtung gedrückt.

Auch die Regierungen betätigen sich in der EU gegen das Soziale: Sie wollen nahezu alle Wirtschaftsbereiche für so genannte Saisonarbeit aus anderen Ländern öffnen. Das würde nur den Unternehmen nützen, denn die sozialen Rechte der Saisonarbeiter spielen bei den bisherigen Plänen überhaupt keine Rolle.

Die Ausbeutung von Menschen aus Entwicklungsländern in hiesigen Betrieben würde damit erleichtert und so weiterer Druck auf die Löhne ausgeübt. Man will im Grunde hier chinesische Löhne einführen.

Wie man davon den hiesigen Betrieben noch etwas abkaufen oder hier noch leben können soll, ist dabei erstmal egal. Hauptsache, der Gewinn explodiert kurzfristig.

Das ist wieder genau dasselbe Denken, das uns gerade an den Abgrund geführt hat. Und einige Länder schon weit darüber hinaus!

Die Neoliberalen in Kommission, Rat und Gerichtshof wollen den sozialen Abriss. Europa soll zu einem Unternehmerparadies werden. Dieses Paradies aber wäre die

Hölle für die Beschäftigten. Dagegen müssen wir uns jetzt wehren.

Europa – das sind wir, nicht die Neoliberalen! Wir lassen uns nicht einfach enteignen! Wenn Europa eine Zukunft haben will, müssen unsere Grundrechte in den Europäischen Verträgen endlich Vorrang bekommen.

So galt das bisher in den Mitgliedstaaten der EU und dafür haben wir Jahrhunderte lang gekämpft. Grundrechte müssen mehr zählen als eine grenzenlose Freiheit, unbegrenzten Profit durch Sozialdumping zu machen.

Wir fordern, dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort“ überall in der EU gelten muss. Wir lassen uns dabei nicht in Ost und West spalten: Darüber sind sich Gewerkschaften in ganz Europa einig. Wir wollen gemeinsam ein sozialeres Europa!

Und darum finden in zwei Wochen europaweite Großdemonstrationen der Gewerkschaften statt,

eine davon am Samstag, dem 16. Mai, in Berlin!

Ich fordere Euch auf: Fahrt mit! Es geht um die Wurst.

Wer da zuhause bleibt, soll sich später nicht über die Folgen beklagen!

Das Gleiche gilt für die Europawahl am 7. Juni und die Bundestagswahl.

Die Krise des Kapitalismus zeigt: Es ist höchste Zeit für eine Wende zum Sozialen!

Und das gilt auch in der Sozialpolitik. Auch hier haben viel zu lange die Neoliberalen ihren Einfluss ausgeübt. Bis hinein in die politischen Parteien, die sich eigentlich einmal ein besseres Leben für alle auf die Fahnen geschrieben hatten.

Die so genannten Sozialreformen der letzten zwanzig Jahre haben viele Menschen ins Elend gestürzt. Kaltherzig ist man über ihre Schicksale hinweg gegangen.

Die Zeit reicht nicht, um alles aufzuzählen, was alles falsch gelaufen ist und dringend korrigiert werden müsste. Ich will hier deshalb nur die „Rente mit 67“ erwähnen.

Im Gegensatz zu vielen Politikern, Fernsehjournalisten, Wissenschaftlern und Managern schaffen es die meisten wirklich hart arbeitenden Menschen nicht, bis 67 durchzuhalten. Sie sind lange vorher kaputt.

Und werden dafür seit einiger Zeit mit Altersarmut bestraft. Denn Erwerbsminderungsrente bekommt nach den „Reformen“ kaum noch jemand.

Diejenigen, die sie überhaupt bekommen, erhalten aufgrund von hohen Abschlägen durchschnittlich nur 663 Euro monatlich.

Alle anderen werden auf andere Arbeit verwiesen. Aber Arbeit, die sie evtl. noch verrichten könnten, gibt es für sie trotz intensiver Suche nicht.

Also landen sie lange vor dem Rentenbeginn in Hartz IV. Sie müssen ihr geringes Vermögen aufbrauchen und bekommen fast keine Rentenpunkte mehr zusammen.

Ein Jahr in Hartz IV bringt nur einen monatlichen Rentenanspruch von etwas über zwei Euro. Wenn sie die vorgezogene Altersrente überhaupt noch erleben, haben sie riesige Abschläge.

Das Ergebnis: Für den Rest des Lebens Hartz IV, nur mit anderem Namen. Das ist unwürdig.

Die wahren Leistungsträger unseres Landes, ohne die hier in wenigen Tagen gar nichts mehr lief, werden in die Altersarmut abgeschoben. Das hat mit Menschenwürde und Sozialstaat nichts mehr zu tun!

Die gesamte Rentensenkung – denn nichts anderes ist das für viele – bringt gerade einmal 30 Milliarden Gesamtersparnis. Mehr als das Dreifache gibt der Staat gerade locker für die Rettung nur einer einzigen Bank aus.

Nun enthält das von Anfang an falsche Gesetz aber eine Ausstiegsmöglichkeit. Spätestens 2010 soll noch einmal überprüft werden, ob die Rente mit 67 endgültig kommt. Nichts würde den Bundestag daran hindern, noch vor der Bundestagswahl 2009 dieses Gesetz zu korrigieren.

Ich fordere deshalb insbesondere meine eigene Partei, die SPD, auf: Dreht diesen Irrsinn endlich wieder zurück. Nehmt endlich zur Kenntnis, dass die ganz große Mehrheit unserer Bevölkerung die Rente mit 67 aus guten Gründen ablehnt!

Wahlen gewinnt Ihr erst wieder, wenn Ihr Euren Irrtum einseht und Euer stures Festhalten an der Rente mit 67 beendet. Denn Irren ist menschlich und wird verziehen, nicht aber das unbeirrbar Festhalten an einem längst erkannten Fehler.

Aber auch die anderen Parteien müssen endlich einsehen, dass wir einen menschenwürdigen Ausstieg aus dem Arbeitsleben für alle brauchen, die nicht mehr können! Und wir brauchen ihn sofort.

Die Betroffenen können nicht ewig darauf warten, sie sterben in Armut weg!

Die ganze Rentenpolitik ist unter dem Druck der Marktradikalen in die Schieflage gekommen.

Um den Finanzkonzernen das Geschäft mit Riester- und Rürup-Renten zu verschaffen, wurde die gesetzliche Rentenversicherung in einer beispielslosen Kampagne gezielt diffamiert.

Dabei kann sich die Rentenversicherung mit einer durchschnittlichen jährlichen Rendite von über 3 % im Vergleich zu vielen Privatanlagen durchaus sehen lassen. Trotzdem wurde sie fast kaputt reformiert.

Ohne Not wurde auf eine grundlegende Rentenreform verzichtet, die die gesetzliche, solidarische Rente gestärkt hätte.

Für die Millionen Niedrigverdiener ist das keine Lösung. Selbst wenn ein Mindestlohn gilt, bleibt kaum genug dabei hängen, um ausreichend privat vorzusorgen.



Alle diese Maßnahmen wurden unter der falschen Flagge der Generationengerechtigkeit eingeführt. Dabei treffen sie langfristig gerade die Jüngeren am Härtesten.

Für sie gelten keine Übergangsregelungen mehr.

Sie werden die volle Wucht dieser Pseudoreformen abbekommen, wenn sich bis dahin nicht grundlegend etwas geändert hat.

Die IG BAU wird deshalb im Bundestagswahlkampf das Thema „Rente mit 67“ zu einem Schwerpunkt machen.

Wir brauchen ein neues Rentensystem: in das jeder und jede einzahlt. Und das Allen eine ausreichende Rente sichert!

Niedrigstlöhne und Leiharbeit zum Hungerlohn schaden nicht nur den Betroffenen. Sie gefährden auch die Einkommen aller anderen Beschäftigten. Und an die Adresse der Unternehmer und Freiberufler sei hinzugefügt: mit Niedrigstlöhnen kann man auch keine auskömmlichen Preise und Qualitätsprodukte bezahlen!

Die IG BAU war die erste Gewerkschaft in Deutschland, die tarifliche Mindestlöhne am Bau und in der Gebäudereinigung erkämpft hat.

Mittlerweile gibt es auch in anderen Branchen tarifliche Mindestlöhne. Rund vier Millionen Menschen geht es dadurch etwas besser und extremes Sozialdumping konnte dadurch in einigen Branchen verhindert werden.

Trotzdem ist Deutschland damit immer noch kein Musterland in Europa, sondern im Gegenteil immer noch ein Ausreißer nach unten.

In vielen Branchen und für die Leiharbeit gilt nach wie vor keine wirkliche Untergrenze. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist in weiter Ferne. Die Blockade durch Teile der CDU/CSU und die FDP verhindert menschenwürdige Löhne für alle. Viele Menschen müssen darum trotz Vollzeitarbeit weiterhin von Hartz IV leben.

Wir subventionieren also solche Betriebe, die einfach nicht willens sind, ihre Beschäftigten anständig zu bezah-

len. Denn unter den Niedrigstlohnbranchen finden sich beispielsweise Leihfirmen, Arzt- und Anwaltspraxen, deren Inhaber klotzig verdienen.

Ich habe überhaupt kein Verständnis für diese Politik auf dem Rücken der Schwächsten. Jedes Argument, das sie dafür anführen, ist falsch.

Der Mindestlohn hat am Bau und in der Gebäudereinigung Arbeitsplätze gesichert statt vernichtet. Auch in allen Nachbarländern hat man diese Erfahrung gemacht.

Es geht also wieder nur darum, den Unternehmen Geschenke zu machen.

Wenn Beschäftigte diese Art von Politik auch noch mit ihrer Wählerstimme belohnen, sägen sie am eigenen Ast. Ich bekräftige daher noch einmal unsere Position:

Ein tariflicher Mindestlohn muss für alle Branchen ermöglicht werden. Für die Branchen, in denen dann kein tarifli-

cher Mindestlohn erzielt werden kann, muss es eine absolute Untergrenze geben. Wer darunter bezahlt, gehört nicht mehr ins Unternehmensregister, sondern ins Gefängnis!

Es geht bei allen Themen, über die ich heute gesprochen habe, letztlich immer um das Gleiche: Schaffen wir es, eine soziale Gesellschaft zu errichten, die allen Menschen nützt, oder bleiben Gier und Rücksichtslosigkeit weiter das Maß aller Dinge?

Unsere Antwort ist klar: ein „Weiter so“ mit dem ungezügelten Kapitalismus würde uns alle in den Abgrund führen.

Der Marktradikalismus ist gerade angeschlagen. Nutzen wir diese momentane Schwäche für eine grundlegende Wende.

Wir wollen eine bessere Welt für alle Menschen!  
Dafür müssen wir noch entschiedener kämpfen.  
Jetzt ist die Zeit dafür! Macht mit!